

# Deutsch-italienische Renaissance?

Michael Kreile

Für die Entwicklung der Europäischen Union haben die Beziehungen zwischen großen Mitgliedstaaten zunehmend an Bedeutung gewonnen, da diesen eine Lokomotiv- und Steuerungsfunktion im Integrationsprozess zufällt. In besonders markanter Weise tritt dies in den deutsch-französischen Beziehungen hervor, einer strategischen Partnerschaft, die durch einen hohen Institutionalisierungsgrad, jahrzehntelange Kontinuität und – trotz mancher Friktionen – eine bemerkenswerte Erfolgsbilanz gekennzeichnet ist.<sup>1</sup> Für die deutsch-italienischen Beziehungen, die weniger institutionalisiert sind und geringere strategische Tiefe aufweisen, gilt, dass beide Staaten sich seit den Anfängen der europäischen Einigung als Triebkräfte dieses Prozesses verstanden haben. Italien sieht sich dabei als globale und europäische Mittelmacht, die innerhalb der Europäischen Union als großer Mitgliedstaat anerkannt zu werden beansprucht.<sup>2</sup> Damit soll verhindert werden, dass Italien gegenüber einem dominanten Deutschland oder einem deutsch-französischen Direktorium deklassiert oder gar marginalisiert wird.<sup>3</sup>

Neben den amtlichen Kontakten und Verhandlungen, die im Rahmen von bilateralen Regierungskonsultationen, der Zusammenarbeit zwischen den beiden Außenministerien sowie der deutsch-italienischen Parlamentariergruppe stattfinden, spielen im deutsch-italienischen Verhältnis die transnationalen Beziehungen eine wichtige Rolle. Dies gilt etwa für das 1989 auf Anregung der beiden Regierungen ins Leben gerufene Deutsch-Italienische Gesprächsforum, das Teilnehmende aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Wissenschaft und den Medien versammelt hat und durch andere Formate ergänzt worden ist.

Als kultureller Plattform kommt der Villa Vigoni mit Sitz am Comer See hohe Bedeutung zu. Die italienischen Kulturinstitute in Deutschland und die deutschen Goethe-Institute in Italien bilden eine Infrastruktur für den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch und erhalten die wechselseitige Anziehung zwischen den Intellektuellen beider Länder aufrecht. Ähnliches gilt auch für das Deutsche Historische Institut Rom und die Arbeitsgemeinschaft für die neuere und neueste Geschichte Italiens, die deutsche und italienische Historiker zusammenbringt.

- 
- 1 Vgl. Simon Bulmer/Charlie Jeffery/William E. Paterson: *Germany's European diplomacy. Shaping the regional milieu*, Manchester 2000, S. 53-60.
  - 2 Vgl. Carlo M. Santoro: *La politica estera di una media potenza*, Bologna 1991; Carlo Masala: *Italienische Außen- und Sicherheitspolitik*, in: Karoline Rörig/Ulrich Glassmann/Stefan Köppl (Hrsg.): *Länderbericht Italien*, Bonn 2012, S. 288-302, hier S. 293-295.
  - 3 Vgl. Masala: *Italienische Außen- und Sicherheitspolitik*, 2012, S. 294.

Mit Blick auf die Marksteine, welche die deutsch-italienische Partnerschaft im Prozess der europäischen Integration gesetzt hat, stößt man immer wieder auf die enge Kooperation zwischen den beiden christdemokratischen Regierungschefs Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi Anfang der 1950er Jahre und die ‚Genscher-Colombo-Initiative‘ aus dem Jahr 1981.

Adenauer und De Gasperi gehörten zusammen mit Robert Schuman zu den Architekten der ursprünglichen Sechser-Gemeinschaft. Als Protagonisten der Democrazia Cristiana und der CDU waren sich beide in der Überzeugung einig, dass das europäische Einigungswerk auf christliche Werte gegründet sein müsse und im Dienst der Friedenssicherung zu stehen habe.<sup>4</sup>

Die Genscher-Colombo-Initiative von 1981, die auf die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik und die Stärkung der Institutionen zielte, stieß auf mancherlei Vorbehalte im Europäischen Rat und mündete in die nicht bindende „Feierliche Europäische Erklärung“ von Stuttgart im Jahr 1983.<sup>5</sup> Diese erscheint im Rückblick als Etappe auf dem Weg zur Einheitlichen Europäischen Akte, die im Februar 1986 unterzeichnet wird. Als vorwärtstreibender, obschon nicht wirklich erfolgreicher Akteur tritt in diesem Prozess Altiero Spinelli auf, einer der Pioniere des europäischen Föderalismus in Italien, dessen Verfassungsentwurf zur Europäischen Union im Februar 1984 vom Europäischen Parlament angenommen wurde.

Zu den Konstanten der italienischen Europapolitik gehört lange Zeit eine integrationsfreundliche Einstellung föderalistischer Orientierung, die von der politischen Elite und der öffentlichen Meinung geteilt wird, aber zugleich durch die schlechte Bilanz bei der Umsetzung von Gemeinschaftsrecht relativiert wird.<sup>6</sup> Jenseits der offiziellen Politik und der eingeschliffenen Rhetorik der Zusammenarbeit sind die deutsch-italienischen Beziehungen dadurch geprägt, dass wechselseitige Perzeptionen und Stereotypen nicht selten Ambivalenzen und Spannungen in der öffentlichen Meinung erzeugen.

Im ersten Abschnitt wird zu zeigen sein, dass die ‚Vergangenheit, die nicht vergeht‘, bis in die Gegenwart nachwirkt.<sup>7</sup> Die nachfolgenden Abschnitte behandeln die Entwicklungen seit Anfang der 1990er Jahre in beiden Ländern, orientieren sich also an der Zäsur der deutschen Vereinigung sowie an der Transformation des italienischen Parteiensystems, die ab 1992 den Untergang der Ersten Republik eingeleitet hat. Im Vordergrund stehen dabei zunächst die Veränderungen der italienischen Außen- und Europapolitik in der Ära Berlusconi. Anschließend wird die Position Italiens in der Schuldenkrise der Eurozone beleuchtet, ferner die in dieser Krise wiederbelebten italienischen Deutschlandbilder. Schließlich

---

4 Vgl. Gian Enrico Rusconi: Deutschland-Italien, Italien-Deutschland. Geschichte einer schwierigen Beziehung von Bismarck bis Berlusconi, Paderborn 2006, S. 213.

5 Vgl. Rusconi: Deutschland-Italien, 2006, S. 254; Luigi Vittorio Ferraris (Hrsg.): Manuale della politica estera italiana 1947-1993, Bari 1996, S. 331-334.

6 Vgl. Sabrina Cavatorto/Giovanna Antonia Fois: Le élite politiche italiane nelle grandi scelte comunitarie, in: Maurizio Cotta/Pierangelo Isernia/Luca Verzichelli (Hrsg.): L'Europa in Italia. Elite, opinione pubblica e decisioni, Bologna 2005, S. 277-331, hier S. 279-280. Im Vorfeld der Vollendung des Binnenmarkts wies Italien die höchste Zahl von Vertragsverletzungsverfahren aus, die höchste Zahl von Verurteilungen durch den Gerichtshof der Europäischen Union und die höchste Zahl von nicht umgesetzten Urteilen und zweimaligen Verurteilungen, vgl. so bei Ferraris: Manuale della politica estera italiana, 1996, S. 343-344.

7 Vgl. Gian Enrico Rusconi (Hrsg.): Germania: un passato che non passa. I crimini nazisti e l'identità tedesca, Turin 1987.

wird diskutiert, inwieweit die von Ministerpräsident Matteo Renzi eingeleiteten Reformen der staatlichen Institutionen und der Finanz- und Wirtschaftspolitik geeignet sind, einer deutsch-italienischen Renaissance in der Europapolitik den Weg zu ebnen.

### **Die Last der Vergangenheit**

Als im August 1977 der wegen des Massakers in den Fosse Ardeatine verurteilte Kriegsverbrecher Herbert Kappler, eine Symbolfigur für die nationalsozialistischen Verbrechen unter der deutschen Besatzung (1943 bis 1945), aus einem römischen Militärkrankenhaus nach Deutschland fliehen konnte, ging eine Welle der Empörung durch Italien, und die deutsch-italienischen Beziehungen erlebten einen Tiefpunkt.<sup>8</sup> Dreißig Jahre später, im Juni 2008, fällte der italienische Kassationsgerichtshof, die oberste Berufungsinstanz des Landes, ein Urteil, nach dem griechische NS-Opfer Entschädigungsansprüche gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in Italien geltend machen konnten (Distomo-Urteil). Zur Durchsetzung der griechischen Ansprüche wurde eine Zwangshypothek auf die Liegenschaften der Villa Vigoni, dem Kulturzentrum in deutschem Besitz am Comer See, eingetragen. Im Oktober desselben Jahres verurteilte der Kassationsgerichtshof die Bundesrepublik Deutschland zur Entschädigung von neun Familienangehörigen von Opfern des Massakers von Civitella (1944). Entgegen der deutschen Rechtsauffassung entschied das Gericht, dass Deutschland sich nicht auf das Prinzip der Staatenimmunität berufen könne, nach dem ein Staat nicht vor den Gerichten eines anderen Staates verklagt werden kann. Das Gericht hielt dafür, dass dieser Grundsatz nicht für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelte.<sup>9</sup>

Daraufhin sah sich die Bundesregierung genötigt, beim Internationalen Gerichtshof (kurz IGH) in Den Haag Klage gegen Italien wegen der Verletzung der deutschen Staatenimmunität einzureichen. Dies geschah in Abstimmung mit der italienischen Regierung, doch reichte diese Widerklage ein und vertrat vor dem Internationalen Gerichtshof im Wesentlichen die Position des Kassationsgerichtshofs. In seinem Urteil vom 3. Februar 2012 gab der Internationale Gerichtshof der deutschen Klage statt und verurteilte Italien wegen Verletzung der deutschen Staatenimmunität. Das Fazit des Internationalen Gerichtshofs lautete, „dass Italien gegen Völkerrecht verstieß, indem es zuließ, dass italienische Gerichte eine Staatenimmunität Deutschlands negierten und Entschädigungsklagen italienischer Bürger gegen Deutschland stattgaben“.<sup>10</sup>

Italien setzte dieses Urteil mit einem Sonder-Anpassungsgesetz in nationales Recht um, wodurch italienische Gerichte daran gehindert wurden, Klagen von NS-Opfern gegen Deutschland zu verhandeln. Dagegen rief das Landgericht Florenz das Verfassungsgericht in Rom an. Dieses erklärte in einer spektakulären Entscheidung vom 22. Oktober 2014 das Anpassungsgesetz für verfassungswidrig, da es gegen Art. 2 (Gewährleistung der „unver-

---

8 Vgl. Felix Nikolaus Bohr: Flucht aus Rom. Das spektakuläre Ende des „Falles Kappler“ im August 1977, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1/2012, S. 111-141.

9 Vgl. Deutscher Bundestag: Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Monika Knoche, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer, Klage der Bundesregierung gegen die Italienische Republik vor dem Internationalen Gerichtshof in Sachen NS-Opfer-Entschädigung, 4. Dezember 2008, Drucksache 16/11307; Christian Tomuschat: Staatliche Gerichtsimmunität – Die Fälle Distomo und Ferrini, abrufbar unter: [tomuschat.rewi.hu-berlin.de/doc/Muenster\\_Dez.\\_2011.doc](http://tomuschat.rewi.hu-berlin.de/doc/Muenster_Dez._2011.doc), S. 1-20, hier S. 2-6 (letzter Zugriff: 30.10.2015).

10 Helmut Kreicker: Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs zur Staatenimmunität – Auswirkungen auf das (Völker-)Strafrecht?, in: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik 4/2012, S. 107-123, hier S. 112.

letzlichen Rechte des Menschen“<sup>11</sup>) und Art. 24 (Rechtsschutz durch Anrufung der Gerichte) der italienischen Verfassung verstoße. Auch gelte der Grundsatz der Staatenimmunität nicht für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, eine Position, die schon der Kassationshof bezogen hatte, die aber nicht vom Internationalen Gerichtshof anerkannt worden war. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs ist ein Verstoß gegen das IGH-Urteil von 2012 und lässt insofern den Rechtsstreit zwischen Deutschland und Italien wiederaufleben. Die Bundesregierung hat in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage erklärt, dass Italien völkerrechtlich verpflichtet bleibe, das IGH-Urteil von 2012 zu befolgen und es innerstaatlich umzusetzen:

„Insbesondere vermag die Entscheidung des italienischen Verfassungsgerichtshofs nichts an der Feststellung des Internationalen Gerichtshofes über Inhalt und Reichweite der der Bundesrepublik Deutschland zustehenden Staatenimmunität vor italienischen Gerichten zu ändern.“<sup>11</sup>

Parallel zur rechtlichen Auseinandersetzung vor dem Internationalen Gerichtshof nahm eine deutsch-italienische Historikerkommission ihre Arbeit auf, deren Einrichtung die Regierungen in Berlin und Rom im November 2008 beschlossen hatten. Ihr Auftrag war die Aufarbeitung der deutsch-italienischen Kriegsvorgänge, ihr Zielhorizont die „Schaffung einer gemeinsamen Erinnerungskultur“<sup>12</sup>. Die zehnköpfige, hochrangig besetzte Kommission unter dem Vorsitz der Professoren Wolfgang Schieder und Mariano Gabriele konnte in völliger Unabhängigkeit arbeiten und legte im Dezember 2012 einen Abschlussbericht vor, der einen bahnbrechenden Beitrag zur Erforschung der gemeinsamen Kriegsvorgänge in den Jahren 1943 bis 1945 leistete. An beide Länder erging die Mahnung:

„Weder kann in Deutschland heute noch die Legende vom korrekten Verhalten der Wehrmacht in Italien aufrechterhalten werden, noch ist es möglich, für den Zweiten Weltkrieg die Legende von den ‚guten Italienern‘ zu pflegen.“

In ihren Empfehlungen ruft die Kommission die Regierungen beider Länder auf, „die Annäherung der in beiden Ländern bestehenden Erinnerungskulturen im europäischen Geist zu fördern“<sup>13</sup>.

Als konkrete Maßnahme schlug die Kommission vor, eine Gedenkstätte für die über 600.000 italienischen Militärinternierten am Ort des Zwangsarbeiterlagers in Berlin-Niederschöneweide zu errichten. Der Erinnerung an die Militärinternierten soll auch ein „Totengedenkbuch“ dienen, „in dem allmählich alle Militärinternierten, die während des Kriegs in Deutschland und den vom ‚Dritten Reich‘ kontrollierten Gebieten ums Leben gekommen sind, verzeichnet werden“. Eine neu zu errichtende „Deutsch-Italienische Zeitgeschichtsstiftung“ soll die Erarbeitung einer „Gesamtdarstellung der Kriegsergebnisse“ in Italien im Zeitraum 1943 bis 1945 fördern. Dabei soll „die von der Kommission vorgelegte Datenbank zu den Gewalttaten der deutschen Streitkräfte“ fortentwickelt und ein „Atlas der Gewalt“ erarbeitet werden.<sup>14</sup>

---

11 Deutscher Bundestag: Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Entschädigung für NS-Opfer in Italien, 9. Dezember 2014, Drucksache 18/3492, S. 5.

12 Botschafter Michael Steiner: Einführung in die Deutsch-Italienische Historikerkonferenz, Villa Vigoni, 28. März 2009, abrufbar unter: [www.rom.diplo.de/contentblob/4050048/hist\\_konf\\_rede\\_bo\\_pdf](http://www.rom.diplo.de/contentblob/4050048/hist_konf_rede_bo_pdf), hier S. 6. (letzter Zugriff: 2.11.2015).

13 Bericht der von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik am 28. März 2009 eingesetzten Deutsch-Italienischen Historikerkommission, Juli 2012, S. 18, abrufbar unter: [www.villavigoni.it/contents/files/Abschlussbericht.pdf](http://www.villavigoni.it/contents/files/Abschlussbericht.pdf) (letzter Zugriff: 22.3.2016).

14 Bericht der Deutsch-Italienischen Historikerkommission, 2012, S. 171, 172, 174, 176-178.

Die beiden Außenministerien haben sich die Empfehlungen der Historikerkommission in der Weise zu eigen gemacht, dass sie die Förderung von zwei Großprojekten vereinbart haben: das ‚Totengedenkbuch‘ und den ‚Atlas der Gewalt‘. Im Haushalt des Auswärtigen Amtes wurde 2014 der deutsch-italienische Zukunftsfonds eingerichtet, der jährlich mit 1 Mio. Euro auf vier Jahre ausgestattet ist. Dieser soll Projekte zur Aufarbeitung der deutsch-italienischen Kriegsvergangenheit fördern und dabei auch für zivilgesellschaftliche Projekte eingesetzt werden. Diese können von italienischen Gemeinden beantragt werden, die Schauplatz deutscher Kriegsverbrechen waren.<sup>15</sup>

Insgesamt ist es der Historikerkommission gelungen, einen wichtigen Beitrag zu den wissenschaftlichen Grundlagen einer gemeinsamen Erinnerungskultur zu leisten und die Regierungen in Berlin und Rom von ihren Vorschlägen zu überzeugen. Diesem erfolgreichen Unternehmen geschichtspolitischer Aufklärung steht gegenüber, dass der von deutscher Seite erhoffte Rechtsfrieden zwischen beiden Ländern noch nicht erreicht worden ist. Immerhin ist zu registrieren, dass es den beiden Außenministerien gelungen ist, die Kooperation in der Europapolitik von den strittigen Rechtsfragen zu isolieren.

### **Veränderungen der italienischen Europapolitik seit den frühen 1990er Jahren bis zum Ende der Ära Berlusconi**

Mit der Wiedervereinigung gewann Deutschland seine volle Souveränität zurück und stieg als internationaler Akteur in eine neue Gewichtsklasse auf. Von italienischer Seite wurde dieser Prozess mit Vorbehalten und Misstrauen beobachtet. Vor Beginn der Zwei-Plus-Vier-Gespräche, mit denen die internationalen Rahmenbedingungen für die Deutsche Einheit vereinbart wurden, erhob der italienische Außenminister Gianni De Michelis die Forderung, dass Italien an den Verhandlungen beteiligt werden müsse. Dies trug ihm die schneidende Replik von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ein: „You are not part of the game“.<sup>16</sup> Von Statuskonkurrenz bestimmt war auch der hartnäckige Widerstand Italiens gegen das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Italien wäre nämlich im Falle eines deutschen Erfolgs das einzige große Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaften ohne einen eigenen ständigen Sitz gewesen.

In Italien hat sich seit 1992 eine Transformation des Parteiensystems vollzogen, die in Westeuropa ohne Beispiel geblieben ist. Die Regierungsparteien mehrerer Jahrzehnte, allen voran die Democrazia Cristiana, die Hegemonialpartei seit 1948, haben sich aufgelöst. Die traditionelle politische Elite ist durch Strafverfahren wegen Korruption dezimiert worden. Der Niedergang der alten Regierungsparteien und die durch ein Referendum erzwungene Reform des Wahlrechts schufen auf dem politischen Markt neue Gelegenheiten, die von strategisch handelnden ‚politischen Unternehmern‘ genutzt wurden. Der Medienunternehmer Silvio Berlusconi gründete die auf ihn zugeschnittene Partei Forza Italia (Vorwärts Italien) und schloss ein Mitte-Rechts-Bündnis mit der im Norden verankerten regionalen Protestpartei Lega Nord unter Führung Umberto Bossis und den bis dahin verfeimten Neofaschisten des Movimento Sociale Italiano, das unter Gianfranco Fini zu einer auf Respektabilität bedachten nationalkonservativen Kraft, der Alleanza Nazionale, mutierte.

---

15 Siehe Deutscher Bundestag: Antwort auf die Kleine Anfrage, 2014, S. 7-8.

16 Richard Kiessler/Frank Elbe: Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Baden-Baden 1993, S. 104; zit. nach Rusconi: Deutschland-Italien, 2006, S. 272.

Dieses Bündnis trug bei den Parlamentswahlen vom März 1994 einen klaren Sieg über das aus acht Parteien und politischen Gruppierungen zusammengesetzte Linksbündnis unter Führung des Partito Democratico della Sinistra (PDS), der ehemaligen Kommunistischen Partei, davon.<sup>17</sup> Bei den Wahlen von 1996 hingegen gelang es dem zur Mitte hin erweiterten Linksbündnis mit Romano Prodi als Spitzenkandidaten des ‚Ölbaums‘ (L’Ulivo), eine knappe Mehrheit zu gewinnen. Damit fand eine begrenzte Bipolarisierung des Parteiensystems bei fortdauernder Zersplitterung der Parteienlandschaft statt. So waren 1996 in der Abgeordnetenversammlung immer noch 13 Parteien oder Gruppierungen vertreten.

Mit der Neuformierung des Parteienwettbewerbs setzte sich der Primat der Innenpolitik durch. Für die italienische Europapolitik bedeutete dies, dass sie am ehesten unter den Regierungen von Fachleuten wie Lamberto Dini, Carlo Azeglio Ciampi und Giuliano Amato und den von Prodi geführten Regierungen mit Engagement betrieben wurde. Unter den Regierungen Berlusconi wurde sie bei dessen geringerem Interesse wesentlich von der Professionalität der Technokraten im Außenministerium und in der Banca d’Italia getragen. Erst als die Entscheidung über den Teilnehmerkreis der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) näher rückte, setzte die Regierung Prodi (Mai 1996 bis Oktober 1998) die Vorbereitung darauf an die Spitze der politischen Prioritäten. Der Kalender und die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrags verliehen der Sanierung der Staatsfinanzen besondere Dringlichkeit.

Die Aufnahme Italiens in den Kreis der Euro-Mitgliedsländer zum 1. Januar 1999 wurde zum Gegenstand einer fast neurotischen öffentlichen Debatte. Jede Äußerung von Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer über die strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien oder von Jacques Chirac oder Theo Waigel bekundete Zweifel an Italiens Fähigkeit, die Kriterien rechtzeitig zu erfüllen, verursachten einen Sturm der Entrüstung im Blätterwald und wurden als Bestätigung dafür gewertet, dass Deutschland und Frankreich sich verschworen hätten, Italien von der ersten Runde auszuschließen. Kein Zweifel, der mögliche Ausschluss Italiens von der Kerngruppe der Währungsunion wäre als Kränkung eines Gründungsmitglieds der Europäischen Gemeinschaft empfunden worden und hätte dem immer präsenten Marginalisierungskomplex zusätzlich Vorschub geleistet.

Erfolge beim Abbau des Staatsdefizits, das 1992 noch 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) überstieg, hatte die Regierung Prodi zweifellos vorzuweisen. Im entscheidenden Stichtag 1997 sank das staatliche Haushaltsdefizit auf unter 3 Prozent des BIP; die Staatsschuld verringerte sich das dritte aufeinanderfolgende Jahr auf 122,5 Prozent des BIP. Gegenüber dem zweiten Maastrichter Kriterium von 60 Prozent als Obergrenze der Staatsschuld war dies freilich ein Wert, der einmal mehr die Neigung zur Verdrängung dieses Kriteriums in der italienischen Debatte enthüllte.<sup>18</sup>

Gleichwohl traf der Europäische Rat im Mai 1998 die Entscheidung, Italien zum 1. Januar 1999 in die Eurozone aufzunehmen. Für Salvatore Rossi, einen Spitzenbeamten der Banca d’Italia, stand dabei für Italien viel mehr auf dem Spiel als der Eintritt in den Klub der Gründungsmitglieder der einheitlichen Währung, nämlich der Zugang Italiens zur

---

17 Vgl. Michael Kreile: Die Republik Italien 1946-1996, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2/2000, S. 255-284, hier S. 255, 282-284.

18 Vgl. Salvatore Rossi: *La politica economica italiana 1968-2007*, Bari 2007, S. 104-105.

guten europäischen Gesellschaft, derjenigen der Stabilität, der Bürger-Tugenden, der sozialen Disziplin und der Effizienz.<sup>19</sup> Nicht umsonst hatte Prodi für den Fall des Scheiterns seinen Rücktritt angekündigt.

Nachdem Italien der Eintritt in die Eurozone gelungen war, verschärften sich die Spannungen innerhalb der Koalition, und die Rifondazione comunista, das Sammelbecken für die kommunistischen Traditionalisten, führte am 9. Oktober 1998 den Sturz der Regierung Prodi herbei. Bemerkenswert ist, dass keine der Regierungen des Übergangs (1992 bis 1998) das Ziel der Währungsintegration infrage gestellt hatte. Vielmehr hatten sie, mit Ausnahme der ersten Regierung Berlusconi, in den Konvergenzkriterien eine Legitimation für Sanierungspolitiken gefunden, die innenpolitisch schwer durchzusetzen waren.<sup>20</sup> Die Regierung D'Alema (Oktober 1998 bis April 2000) blieb europapolitisch auf der Linie Prodis. Im Mai 1999 gelang es ihr, die europäischen Partner für Prodi als Präsidenten der Europäischen Kommission zu gewinnen.

Trotz der deutsch-italienischen Spannungen, die sich an der Einhaltung der Maastrichter Konvergenzkriterien entzündet hatten, kam es zu gemeinsamen Initiativen im Rahmen der Institutionen der Europäischen Union. So warben die Außenminister Klaus Kinkel und Dini 1997 in einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung dafür, „im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres eine gemeinschaftliche Politik hinsichtlich der Asylfrage und der Zollzusammenarbeit im Rahmen der EU zu initiieren“. Diese sollte im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit realisiert werden.<sup>21</sup> Auf eine deutsch-italienische Initiative geht die Erklärung über die Zukunft der Union zurück, die als Anhang in den Vertrag von Nizza aufgenommen wurde. Ebenso schlugen beide Partner eine Effektivierung der verstärkten Zusammenarbeit vor.<sup>22</sup>

Die von Berlusconi geführten Regierungen (2001 bis 2006, 2008 bis 2011) vollzogen eine Abkehr von der traditionellen Europapolitik. Dies lag einmal daran, dass ein Koalitionspartner der Forza Italia, die Lega Nord, eine europafeindliche Partei war, die mit populistischen Slogans gegen die Europäische Union Front machte. Wichtiger noch waren das Desinteresse Berlusconis an Europa, das sich mit der Unterordnung der Europapolitik unter die Innenpolitik verband, sowie die Auseinandersetzungen mit seinem innenpolitischen Rivalen Prodi, der an der Spitze der Brüsseler Kommission stand.<sup>23</sup>

Mit Besorgnis wurde bei den Partnern Italiens registriert, dass der 2001 als Außenminister in die Regierungsmannschaft aufgenommene erfahrene Europapolitiker Renato Ruggiero sich schon im Januar 2002 zum Rücktritt genötigt sah, da er die antieuropäische Linie der Lega Nord nicht teilen konnte.<sup>24</sup> Dass Berlusconi für fast ein Jahr zusätzlich das Amt des Außenministers übernahm, konnte bei den europäischen Partnern die Vorbehalte

---

19 Vgl. Rossi: *La politica economica italiana*, 2007, S. 107.

20 Vgl. Sabrina Cavatorto: *Attuare Maastricht e la politica delle „rigidità flessibili“*, in: Maurizio Cotta/Pierangelo Isernia/Luca Verzichelli (Hrsg.): *L'Europa in Italia. Elite, opinione pubblica e decisioni*, Bologna 2005, S. 333-368, hier S. 359-360, 365-366.

21 Vgl. Carlo Masala: *Italien*, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/97*, Bonn 1997, S. 331-338, hier S. 336.

22 Vgl. Roman Maruhn: *Italien*, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001*, Bonn 2001, S. 355-362, hier S. 359.

23 Vgl. Paolo Pombeni: *Periphere Politik. Berlusconi und Europa*, in: Gian Enrico Rusconi/Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.): *Berlusconi an der Macht. Die Politik der italienischen Mitte-Rechts-Regierungen in vergleichender Perspektive*, München 2010, S. 25-37, hier S. 30.

24 Vgl. Mario Caciagli: *Italien und Europa. Fortdauer eines Verhältnisses von Zwang und Ansporn*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35-36/2004, S. 26-31, hier S. 28.

ihm gegenüber nicht überwinden. Sein Ziel war es vor allem, persönlich eine Außenpolitik zu betreiben, die aus bilateralen Begegnungen und Präferenzbeziehungen bestand. Dabei ging es ihm nicht zuletzt darum, die proeuropäische Orientierung der vorherigen Mitte-Links-Regierungen durch eine engere Bindung an die Vereinigten Staaten von Amerika zu verändern.<sup>25</sup> Es entsprach dem narzisstisch überhöhten Selbstbewusstsein Berlusconi, dass er in den beiden Großen der Welt, George W. Bush und Wladimir Putin, seine bevorzugten Gesprächspartner sah.

Zu einem Eklat geriet der Beginn der italienischen EU-Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament (Juli 2003), als Berlusconi den sozialdemokratischen Europaparlamentarier Martin Schulz als Reaktion auf dessen Kritik für die Rolle des Kapo in einem Film über ein Konzentrationslager empfahl. Daraus erwuchs eine Verstimmung zwischen den Regierungen in Berlin und Rom. Im Frühjahr 2004 suchte Berlusconi sich mit dem Vorschlag zu profilieren, Russland in die Europäische Union aufzunehmen. Zur Ehrenrettung Italiens trugen während des Verfassungskonvents Giuliano Amato als Vizepräsident des Europäischen Konvents und – eher überraschend – Gianfranco Fini bei, der als Außenminister die italienische Regierung vertrat und konstruktiv mitarbeitete. Der europäische Verfassungsvertrag wurde Anfang 2005 von beiden Kammern des Parlaments ratifiziert. Die einzigen Gegenstimmen kamen vom Koalitionspartner Berlusconi, der Lega Nord, ohne dass dies Konsequenzen für das Regierungsbündnis gehabt hätte.<sup>26</sup>

Im Wahlkampf 2006, der hochgradig polarisiert war, spielte die Europapolitik trotz der Spitzenkandidatur Prodis für das Mitte-Links-Bündnis keine Rolle. Sein knapper Wahlsieg heizte die Polarisierung zwischen den beiden Lagern weiter an und machte die Zerstrittenheit der Prodi-Koalition zu einem permanenten Risiko für die Regierung, die nach weniger als zwei Jahren Amtszeit im Januar 2008 zerbrach. Aus den vorgezogenen Neuwahlen im April 2008 ging Berlusconi Mitte-Rechts-Koalition klar als Sieger hervor. Auch in der vierten Regierung Berlusconi (Mai 2008 bis November 2011) blieb die Europapolitik vorerst ein nachrangiges Thema. Der Politologe Paolo Pombeni sah Italien „im erweiterten Europa letztlich am Rande der politischen Marginalität angelangt.“<sup>27</sup>

Innenpolitisch blieb Berlusconi zunächst unangefochten. Nicht einmal die 2009 bekanntgewordenen Sex-Skandale konnten seinen Rückhalt in der Öffentlichkeit ernsthaft beeinträchtigen.<sup>28</sup> Einen Abwärtstrend läuteten die Kommunalwahlen von 2011 ein, bei denen das Mitte-Links-Bündnis insbesondere in den Großstädten den Sieg davon trug. Mailand, bisher die Hochburg Berlusconi, wählte einen linken Bürgermeister – ein Ergebnis von hoher symbolischer Bedeutung. Eine weitere Niederlage musste Berlusconi bei den im Juni 2011 zur Abstimmung gelangenden vier abrogativen Referenden verbuchen. Hier gelang es den Initianten, alle vier Referenden durchzubringen, davon eines zur Annullierung eines Gesetzes, das darauf zielte, Prozesse gegen Berlusconi zu verschleppen. Während seine Amtsführung zunehmend in eine Krise geriet, gewann Staatspräsident Giorgio Napolitano immer mehr an Autorität. Die Figur des Präsidenten stand damit in unübersehbarem Kontrast zur „selbstreferentiellen und ineffizienten Regierung“.<sup>29</sup>

---

25 Vgl. Piero Ignazi: *Vent'anni dopo. La parabola del berlusconismo*, Bologna 2014, S. 99.

26 Vgl. Pombeni: *Periphere Politik*, 2010, S. 34.

27 Pombeni: *Periphere Politik*, 2010, S. 36.

28 Vgl. Ignazi: *Vent'anni dopo*, 2014, S. 124-126.

29 Ignazi: *Vent'anni dopo*, 2014, S. 129-131 (Übersetzung M.K.).



Das Vertrauen in den Ministerpräsidenten brach im Laufe des Jahres 2011 vollends ein. Die Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise versetzte der Glaubwürdigkeit der Regierung den entscheidenden Schlag. Die Finanzkrise in der Eurozone erfasste auch Italien, die Ratingagenturen stuften die Kreditwürdigkeit des Landes herab, der Spread, die Differenz zwischen den Zinssätzen für deutsche und für italienische Staatsanleihen, weitete sich aus, und das Risiko der Insolvenz nahm bedrohlich zu. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, und der Gouverneur der Banca d'Italia, Mario Draghi, sein designierter Nachfolger, sandten am 5. August 2011 einen gemeinsamen Brief mit ultimativen Reformforderungen an die römische Regierung. Die spöttische Ironie, mit der Merkel und Sarkozy auf Fragen zur Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit Berlusconis in einer Pressekonferenz reagierten, trugen nach italienischer Lesart weiter dazu bei, dessen Glaubwürdigkeit zu unterminieren.<sup>30</sup> Das Ende der Regierung Berlusconi war nahe. Nach mehreren Abstimmungsniederlagen im Parlament und auf energisches Drängen von Staatspräsident Napolitano reichte Berlusconi am 12. November 2011 seinen Rücktritt ein.

### **Italien in der Schuldenkrise der Eurozone**

Die Ansteckung Italiens durch die Griechenland-Krise hat nicht nur die schon erwähnten Erschütterungen in der italienischen Innenpolitik ausgelöst, sondern auch die italienische Wirtschaft und die Staatsfinanzen in Mitleidenschaft gezogen. Außerdem wurden dadurch die deutsch-italienischen Beziehungen belastet, da unterschiedliche wirtschaftspolitische Rezepturen und divergierende Präferenzen zum Krisenmanagement für die Eurozone aufeinandertrafen.

Die globale Finanzkrise von 2008 hatte Italien relativ gut überstanden, da dank der straffen Regulierung durch die Banca d'Italia und des geringeren Internationalisierungsgrads italienischer Banken keine Finanzinstitute gerettet werden mussten. Der Ausbruch der Griechenlandkrise im Jahr 2009/2010 führte zu Ansteckungseffekten in Irland, Portugal, Spanien und Italien. Im Falle Italiens manifestierte sich die Ansteckung in rapide ansteigenden Spreads. Lag im Juni 2011 der Spread noch bei 110 bis 112 Basispunkten, stieg er bis zum 27. Juli auf 313 Punkte. Wenige Tage nach dem G 20-Gipfel von Cannes Anfang November schnellte er von dem ohnehin schon hohen Niveau von 400 Punkten auf 530 Punkte; nach dem für die Regierung negativen Ausgang einer Haushaltsabstimmung im Parlament am 8. November sogar auf 570 Punkte.<sup>31</sup>

Zweifel an der Tragfähigkeit der italienischen Staatsschuld wurden durch weitere Indikatoren genährt. Mitte 2011 lag die Staatsverschuldung bei 120 Prozent des BIP, an zweiter Stelle hinter Griechenland. Dessen Volkswirtschaft machte allerdings nur 2 Prozent des BIP der Eurozone aus, während der Anteil Italiens bei mehr als 13 Prozent lag.<sup>32</sup> In absoluten Zahlen lag die italienische Staatsschuld 2011 bei 2.000 Mrd. Euro.<sup>33</sup> Zwischen der zweiten Jahreshälfte 2011 und Ende 2014 musste der Staat nach offiziellen Berechnungen einen Finanzierungsbedarf von 813 Mrd. Euro decken.<sup>34</sup>

---

30 Vgl. Ignazi: *Vent'anni dopo*, 2014, S. 131-132.

31 Vgl. Valerio Castronovo: *La sindrome tedesca. Europa 1989-2014*, Turin 2014, S. 150, 155.

32 Vgl. Bill Emmott: *Good Italy, Bad Italy. Why Italy Must Conquer Its Demons to Face the Future*, London 2012, S. 9-10, 97.

33 Vgl. Erik Jones: *Il governo Berlusconi e la crisi del debito sovrano*, in: Anna Bosco/Duncan McDonnell (Hrsg.): *Politica in Italia*, Edizione 2012, S. 181-200, hier S. 187.

In Italien wurde bisweilen die krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft auf den Euro zurückgeführt, insbesondere von Berlusconi, seinen Anhängern und der Lega Nord. Damit sollte auch die Verantwortung für die Krise bei der Mitte-Links-Regierung abgeladen werden, die Ende der 1990er Jahre Italien in die Eurozone geführt hatte.<sup>35</sup> Oft legten die Euro-Kritiker den Akzent auf den Ausschluss von Abwertungen, die zu Zeiten der Lira genutzt werden konnten, um relativ hohe Inflationsraten auszugleichen und italienische Exporte zu verbilligen. Verdrängt wurde dabei oft, dass die Euromitgliedschaft die Kosten der staatlichen Kreditaufnahme gesenkt und damit den italienischen Staatshaushalt in erheblichem Maße entlastet hatte, war es doch im Zeitraum 1999 bis 2009 für die gesamte Eurozone zu einer Angleichung der Zinsen an die deutschen Zinsen gekommen.<sup>36</sup> Mit der Einführung des Euro war auch das Währungsrisiko entfallen, was vor allem in der internationalen Finanzkrise von 2008 von großer Bedeutung war.

Anders als manche Optimisten in Italien annehmen, sind die wirtschaftlichen Fundamentaldaten des Landes nicht stark, sondern schwach.<sup>37</sup> Im Zeitraum 1991 bis 2013 ist die italienische Wirtschaft nur um 15 Prozent gewachsen, während der europäische Durchschnitt für das BIP-Wachstum bei 37 Prozent lag. Gravierend ist auch, dass Italien zwischen 2001 und 2013 keine Steigerung der Arbeitsproduktivität vorweisen konnte.<sup>38</sup>

Aus solchen Befunden ergab sich zwingend die Forderung nach strukturellen Reformen. Diese wurden gar nicht in erster Linie von europäischen oder internationalen Institutionen angemahnt, sondern zuallererst von angesehenen Ökonomen und hochrangigen Repräsentanten der Banca d'Italia. Draghi, damals noch Gouverneur der Zentralbank, benannte im Mai 2011 die Bereiche, in denen er nachhaltige Strukturreformen für erforderlich hielt, um die anhaltende Wachstumsschwäche der italienischen Wirtschaft zu überwinden:

- die Reform der Zivilgerichtsbarkeit, die für eine durchschnittliche Prozessdauer von mehr als 1.000 Tagen in der ersten Instanz verantwortlich ist;
- ein Mangel an Wettbewerb im Dienstleistungsbereich;
- ein Bildungssystem, das unter einer dramatischen Unterfinanzierung der Universitäten und im internationalen Vergleich sehr niedrigen Ausgaben für die Forschung leidet;
- eine unzureichende Infrastrukturausstattung;
- die ausgeprägte Segmentierung des Arbeitsmarkts zu Lasten der Jugendlichen, die niedrige Frauenerwerbstätigkeit und die Dominanz der nationalen Ebene gegenüber der betrieblichen in den Arbeitsbeziehungen.<sup>39</sup>

In ihrem Brief vom 5. August 2011, den Trichet und Draghi im Namen des Europäischen Systems der Zentralbanken an Berlusconi sandten, formulierten sie die Bedingungen der EZB für den Ankauf italienischer Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt. Sie riefen die Regierung zu dringendem Handeln auf, um das Vertrauen der Investoren wiederherzu-

---

34 Vgl. Carlo Bastasin: *Saving Europe. How National Politics Nearly Destroyed the Euro*, Washington D. C. 2012, S. 287 ("In simple terms, Italy was too big to be saved.")

35 Vgl. Jones: *Il governo Berlusconi*, 2012, S. 196-197.

36 Vgl. Emmott: *Good Italy, Bad Italy*, 2012, S. 5, 92.

37 Vgl. Emmott: *Good Italy, Bad Italy*, 2012, S. 106; Bastasin: *Saving Europe*, 2012, S. 286.

38 Vgl. Domenico Lombardi/Luigi Paganetto: *Italy: Strategies for Moving from Crisis to Growth*, in: Kemal Dervis/Jacques Mistrail (Hrsg.): *Europe's Crisis, Europe's Future*, Washington D.C. 2014, S. 64-92, hier S. 64-65, 82-83.

39 Siehe Banca d'Italia: *Considerazioni finali. Assemblea Ordinaria dei Partecipanti anno 2010*, Rom 31. Mai 2011, S. 12-14, abrufbar unter: [https://www.bancaditalia.it/publicazioni/interventi-governatore/integov2010/cf09\\_considerazioni\\_finali.pdf](https://www.bancaditalia.it/publicazioni/interventi-governatore/integov2010/cf09_considerazioni_finali.pdf) (letzter Zugriff: 26.4.2016).

stellen. Ferner verlangten sie weitreichende Maßnahmen zur Wachstumsförderung, insbesondere um den Wettbewerb im Dienstleistungsbereich zu stärken, die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern und Regulierungs- und Fiskalsysteme zu entwerfen, die besser geeignet wären, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Effizienz des Arbeitsmarkts zu stützen.

Ein weiteres Paket von Forderungen, das Trichet und Draghi präsentierten, bezog sich auf die Fiskalpolitik. Dazu gehörten Maßnahmen mit dem Ziel, das Budgetdefizit für die folgenden drei Jahre zu verringern, für 2013 sogar die Realisierung eines ausgeglichenen Budgets, wobei vor allem Ausgabenkürzungen greifen sollten. Ferner wurden Eingriffe ins Rentensystem verlangt und die Verringerung der Kosten der öffentlichen Bediensteten.<sup>40</sup> Auch wenn der Brief als „Diktat“<sup>41</sup> erscheinen konnte, war nicht zu leugnen, dass Italien am Rande des Abgrunds stand – eine Situation, der die Regierung Berlusconi offenkundig nicht gewachsen war.<sup>42</sup>

Der Regierung Monti, einer aus Fachleuten zusammengesetzten, den Parteienwettbewerb suspendierenden ‚Regierung des Präsidenten‘, gelang es durch eine konsequent vorangetriebene Kombination aus fiskalischen Sanierungsmaßnahmen und Strukturreformen sowohl das Vertrauen der Märkte als auch das der europäischen Partner für Italien zurückzugewinnen. Als ehemaliger EU-Kommissar und Präsident der privaten Universität Luigi Bocconi in Mailand genoss Monti als Person im In- und Ausland hohes Ansehen. Die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen nahm die Regierung mit der Verringerung des Budgetdefizits energisch in Angriff und kam den Anforderungen des europäischen Fiskalvertrags zügig nach. Auch eine Rentenreform sollte die öffentlichen Haushalte entlasten. Im Kapitel Strukturreformen wurden Elemente einer Reform des Arbeitsmarkts und der Arbeitsbeziehungen beschlossen. Den Gebietskörperschaften wurden drastische Einsparungen verordnet. Allerdings haben die Austeritätspolitik und die damit verbundenen finanziellen Einschnitte bei den Bürgern die öffentliche Zustimmung zur Regierung Monti tief fallen lassen. Im November 2012 stimmte nur noch ein Drittel der Italiener der Regierungspolitik zu.<sup>43</sup> Monti konnte jedoch in Europa auf die Anerkennung und Unterstützung der Bundeskanzlerin rechnen.<sup>44</sup>

Nachdem Berlusconi der Regierung Monti die Unterstützung entzogen und damit sein fortdauerndes Schadenspotential bewiesen hatte, trat Monti am 21. Dezember 2012 zurück, blieb aber bis zur Regierungsbildung nach den Neuwahlen Ende April 2013 im Amt. Neuer Regierungschef wurde nach langwierigen Sondierungen Enrico Letta, ein Politiker des Partito Democratico (PD), der von einer breiten Koalition getragen wurde.

Letta setzte den mit der Europäischen Union vereinbarten Kurs der finanziellen Konsolidierung fort und verabschiedete eine Senkung der Lohnnebenkosten. Ende Mai 2013 konnte Italien bei der Europäischen Kommission die Einstellung des 2009 eingeleiteten

---

40 Vgl. Castronovo: *La sindrome tedesca*, 2014, S. 152; Bastasin: *Saving Europe*, 2012, S. 299-301.

41 Bastasin: *Saving Europe*, 2012, S. 299.

42 Vgl. Castronovo: *La sindrome tedesca*, 2014, S. 153-156.

43 Vgl. Alexander Grasse: *Krisenmanagement in Italien – Schlaglichter auf ein Jahr Regierung Monti*, PIFO Occasional Papers 16, Giessen 2012, S. 5-13.

44 Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zum Europäischen Rat am 28. und 29. Juni 2012 in Brüssel, abrufbar unter: [www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Regierungserklaerung/2012/2012-06-27-bkin.html](http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Regierungserklaerung/2012/2012-06-27-bkin.html), S.2 (letzter Zugriff: 6.12.2015).

Defizitverfahrens erwirken, nachdem das Haushaltsdefizit wieder unter die Drei-Prozent-Grenze gedrückt worden war.<sup>45</sup> Als Schlussfolgerung aus den bisherigen Erfahrungen mit dem europäischen Management der Schuldenkrise setzte sich, so Roman Maruhn,

„in Italien die Auffassung durch, dass das Land auch angesichts seiner für die EU insgesamt kritischen Größe nicht auf größere Unterstützung durch die europäischen Partner setzen kann, sondern unter verhältnismäßig strenger Einhaltung europäischen Rechts seine finanziellen und auch wirtschaftlichen Probleme in nationaler Verantwortung lösen muss.“<sup>46</sup>

Die Regierung Letta brachte es freilich nur auf eine kurze Amtszeit von nicht einmal einem Jahr. Letta trat am 14. Februar 2014 zurück, demontiert von seinem Parteifreund Matteo Renzi, der den Posten des PD-Parteichefs erobert hatte und nun das Amt des Regierungschefs beanspruchte.

### **Krisenpolitik und Deutschlandbilder**

In der Krisenpolitik der Eurozone kam es zu Interessengegensätzen zwischen Italien und Deutschland, die wesentlich mit der Rollendifferenz zwischen einem Schuldner- und einem Gläubigerland zu tun hatten. Die von Italien unter dem Druck der Märkte und der EZB, auch der Partnerstaaten wie Deutschland verfolgte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wurde im Lande vielfach als eine von außen aufgezwungene, wachstumsfeindliche Austeritätspolitik gebrandmarkt. Stattdessen wurde von Deutschland gefordert, europäische Solidarität zu üben und zu helfen, die Spreads zu verringern beziehungsweise die Finanzen zu stabilisieren. Als begehrtes Instrument sollten dafür die Euro-Bonds dienen, deren Zweck es war, den Spread zwischen italienischen und deutschen Staatsanleihen und damit die Kosten des italienischen Schuldendienstes zu verringern.

Der Widerstand Berlins gegen die Einführung von Eurobonds wurde mit Unverständnis quittiert, denn diese hätten doch die liquiditätsknappen Länder nutzen können, um Reformen zur Wiederbelebung des Wachstums anzustoßen. Andere Formen der Vergemeinschaftung öffentlicher Schulden und Risiken lehnte Berlin ebenfalls ab.<sup>47</sup>

Was in der italienischen Debatte bei den Forderungen nach ‚europäischer Solidarität‘ kaum beachtet wurde, war, dass diese schlecht begründbar sind, wenn schon im nationalen Rahmen reiche Regionen den armen die Solidarität aufkündigen. Wenn ‚Solidarität‘ in erster Linie ein Codeword für Finanzierungsansprüche wird, fördert dies sicher nicht den Zusammenhalt der Europäischen Union. Verteilungskämpfe innerhalb der Eurozone gewinnen eine transnationale Dimension, wenn etwa deutsche Steuerzahler dazu genötigt werden, tarifpolitische Errungenschaften des öffentlichen Dienstes in Südeuropa zu subventionieren oder dort die Steuerhinterziehung von Selbständigen zu kompensieren. Unter dieser Perspektive überrascht es kaum, wenn italienische Medien sich mit Griechenland als einem vom deutschen Finanzminister gedemütigten Land solidarisieren.<sup>48</sup>

Die maßgebliche Rolle, die Deutschland in den letzten Jahren bei der Stabilisierung der Eurozone gespielt hat, hat europaweit wie auch in Italien die wissenschaftliche und publizistische Debatte über die deutsche Hegemonie in Europa neu belebt. Wenn man die

---

45 Vgl. Roman Maruhn: Italien, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2013, Baden-Baden 2013, S. 405-412, hier S. 407, 409.

46 Maruhn: Italien, 2013, S. 411-412.

47 Vgl. Castronovo: La sindrome tedesca, 2014, S. 145-146, 163, 207.

48 Vgl. so etwa die Wochenzeitschrift L'Espresso Nr. 29 vom 23.7.2015, die mit einem Porträt Wolfgang Schäubles als Titelbild erschien und dem Titeltext „Dieser Mann macht Angst. Auch uns“ (Übersetzung M.K.).

Verhandlungen über die Rettungspakete für die Krisenstaaten und den Ausbau der Wirtschafts- und Fiskalunion näher betrachtet, so zeigt sich, dass Deutschland seine Zielvorstellungen zu einem guten Teil durchsetzen konnte. Dies gilt für das Prinzip, dass Hilfe an strikte Bedingungen geknüpft werden muss, ferner für den europäischen Fiskalpakt und für die Regelungen zur europäischen Bankenunion.

Darüber hinaus hat Deutschland den Ausschluss weitreichender fiskalischer Transfermechanismen durchgesetzt.<sup>49</sup> Eine Analyse der deutschen Krisenpolitik im Zeitraum 2009 bis 2013 hat herausgearbeitet, dass deutsch-französische Initiativen und Kompromisse eine entscheidende Rolle bei der Griechenlandhilfe sowie der Ausstattung der Rettungsschirme und der Ausgestaltung des Fiskalpakts gespielt haben. Joachim Schild hat daraus die Schlussfolgerung gezogen, die „Interpretation einer unilateral ausgeübten deutschen Hegemonie im Rahmen der EU- und Eurozonen-Entscheidungsprozesse“ gehe an der empirischen Realität vorbei.<sup>50</sup>

In der italienischen Wahrnehmung kommen verschiedene Deutschlandbilder zusammen: die deutsche Hegemonie in Europa, Deutschland als Modell für Italien und die Führungsrolle Deutschlands in der Eurozone. Die Vorstellung einer deutschen Hegemonie in Europa ist in der italienischen Presse vorwiegend negativ besetzt. In polemisch überspitzter Form erscheint sie unter der Überschrift des „Vierten Reichs“ und beansprucht zu zeigen, „wie Deutschland Europa unterworfen hat“. Das Zeitalter der europäischen Einheitswährung sei die Epoche der großen deutschen Hegemonie geworden, in der Berlin prosperiert und die anderen europäischen Völker unter einer beispiellosen Rezession leiden.<sup>51</sup> Ein ganz anderes Verständnis von deutscher Hegemonie entfaltet Angelo Bolaffi, einer der führenden italienischen Deutschlandkenner, in seinem Buch „Deutsches Herz. Das Modell Deutschland und die europäische Krise“: Zur führenden Nation Europas sei Deutschland „dank seiner politisch-institutionellen Stabilität und seiner Wirtschaftskraft“ geworden. „Doch die eigentliche Stärke der deutschen Führungsmacht, sozusagen das Fundament ihrer hegemonialen Befähigung, liegt auf geistig-kultureller Ebene und erwächst aus der außergewöhnlichen Metamorphose des Landes: aus einer Art ethisch-politischem Wunder, dem „Demokratiewunder“.<sup>52</sup> Um die Legitimität des Projekts Europa zurückzugewinnen, so Bolaffi, brauche es

„eine neue materielle Verfassung für Europa, die sich das einzige Modell zum Vorbild nimmt, das unter Gesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit und der Wirtschaftlichkeit nachweislich überzeugen kann: das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell.“<sup>53</sup>

Daher falle Deutschland die Führungsrolle zu.

49 Vgl. Marcel Fratzscher: Die Deutschland-Illusion. Warum wir unsere Wirtschaft überschätzen und Europa brauchen, München 2014, S. 152-157.

50 Joachim Schild: „Ohne Frankreich ist alles nichts.“ Frankreich als Partner der Zivilmacht Bundesrepublik, in: Sebastian Harnisch/Joachim Schild (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik und internationale Führung. Ressourcen, Praktiken und Politiken in einer veränderten Europäischen Union, Baden-Baden 2014, S. 174-198, hier S. 188; vgl. auch die Analyse der deutschen Krisenpolitik von Sebastian Harnisch: Deutsche Führung in der internationalen Gesellschaft: ein rollentheoretischer Ansatz, in: Harnisch/Schild (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik und internationale Führung, Baden-Baden 2014, S. 17-55, hier S. 38-45.

51 Vittorio Feltri/Gennaro Sangiuliano: Il Quarto Reich. Come la Germania ha sottomesso l'Europa, Mailand 2014, S. 58. Die Verfasser sind Journalisten bei Il Giornale, eine Zeitung im Besitz der Familie Berlusconi, und beim Fernsehsender Tg1.

52 Angelo Bolaffi: Deutsches Herz. Das Modell Deutschland und die europäische Krise, Stuttgart 2014, S. 93-94.

53 Bolaffi: Deutsches Herz, 2014, S. 241-242.

Diese Rollenzuschreibung übernimmt auch der Wirtschaftshistoriker Valerio Castronovo, wenn er Deutschland die Aufgabe vorzeichnet, ein stärker ausgeglichenes und solidarisches Europa aufzubauen.<sup>54</sup> Gabriele D'Ottavio sieht als Folge der deutschen Krisenpolitik ein neues „deutsches Problem“, das in dem wachsenden Abstand zwischen einem im internationalen Rahmen immer selbstbewusster auftretenden Deutschland bestehe und dessen andauernden Schwierigkeiten, die neuerworbene Macht in eine von den anderen Mitgliedstaaten anerkannte echte europäische Führungsrolle umzusetzen.<sup>55</sup>

### **Renzi – ein Neubeginn**

Seit dem 22. Februar 2014 hat Italien einen Regierungschef, der mit 39 Jahren der jüngste Ministerpräsident der italienischen Geschichte geworden ist und ein Kabinett mit dem Durchschnittsalter von 47 Jahren um sich versammelt hat. Sein Aufstieg und seine Amtsführung sind dadurch gekennzeichnet, dass er Intelligenz und Machtbewusstsein mit Zielstrebigkeit und Willensstärke verbindet. Kaum im Amt, hat er ein ungemein ehrgeiziges Reformprogramm zur Modernisierung des Landes in Angriff genommen. An erster Stelle stehen dabei institutionelle Reformen, die darauf gerichtet sind, die Regierbarkeit Italiens nachhaltig zu verbessern. Dabei geht es einmal um die Reform des Wahlrechts, die mit dem sogenannten ‚Italicum‘ die Mehrheitsbildung erleichtern soll. Dieses sieht Verhältniswahl mit einer Mehrheitsprämie für diejenige Liste vor, die mindestens 40 Prozent der Stimmen erreicht hat und so insgesamt 340 von 617 Sitzen in der Abgeordnetenkammer erobert. Gewinnt keine Liste die 40 Prozent, wird die Mehrheitsprämie auf der Basis eines zweiten Wahlgangs vergeben.<sup>56</sup> Zum andern ist eine Verfassungsreform im parlamentarischen Prozess schon recht weit gediehen: Die seit Jahrzehnten diskutierte Abschaffung des ‚vollkommenen Zweikammer-Systems‘, in dem der Senat die gleichen Gesetzgebungskompetenzen hat wie die Kammer; ein System, das für häufige Blockaden der Gesetzgebung verantwortlich gewesen ist. Auch um die Kosten der Politik zu verringern, wird die Zahl der Senatoren von 315 auf 100 gesenkt, von denen 95 von den Regionalräten gewählt werden. Auf diese Weise soll der Senat eine Art Kammer der Regionen werden. Er wird nur eingeschränkte Gesetzgebungskompetenzen haben und nicht der Regierung das Vertrauen aussprechen können.<sup>57</sup> In Kraft treten wird die Reform, wenn sie – voraussichtlich im Herbst 2016 – in einem Referendum gebilligt wird.

Unter den wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen hat Renzi der Arbeitsmarktreform, „Jobs Act“ genannt, besondere Priorität eingeräumt. Ein umfangreiches Gesetzeswerk, das gegen den Widerstand der Gewerkschaften und des linken Flügels des PD durchgesetzt werden musste, soll über eine Lockerung des Kündigungsschutzes für neue Verträge Neueinstellungen erleichtern und die Lage der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Die bisher völlig unzureichende Absicherung von Arbeitslosen soll durch ein neues System der Arbeitslosenversicherung behoben werden. Der Faktor Arbeit

---

54 Vgl. Castronovo: *La sindrome tedesca*, 2014, S. 276-278.

55 Gabriele D'Ottavio: *La Germania e l'integrazione europea. Un paese senza storia?*, in: Gabriele D'Ottavio/Thomas Saalfeld (Hrsg.): *La Germania della Cancelliera. Le elezioni del 2013 all'ombra della crisi europea*, Bologna 2014, S. 41-61, hier S. 61.

56 Vgl. *La Repubblica*: *Legge elettorale, ecco l'Italicum*, aktualisierte Fassung vom 4. Mai 2015, abrufbar unter: [http://www.repubblica.it/politica/2014/01/20/news/legge\\_elettorale\\_ecco\\_il\\_modello\\_italicum-76486384/](http://www.repubblica.it/politica/2014/01/20/news/legge_elettorale_ecco_il_modello_italicum-76486384/) (letzter Zugriff: 21.12.2015).

57 Vgl. *Internazionale*: *La riforma costituzionale è stata approvata dal senato*, 13.10.2015, abrufbar unter: <http://www.internazionale.it/notizie/2015/10/13/il-ddl-che-riforma-il-senato-e-stata-approvata-dal-senato> (letzter Zugriff: 21.12.2015).

wird durch Steuersenkungen für Geringverdiener entlastet. Ferner hat die Regierung die Reform der öffentlichen Verwaltung und Maßnahmen zur Reorganisation des Justizwesens auf den Weg gebracht.<sup>58</sup>

Innenpolitische Erfolge hat Renzi mit der Wahl des Verfassungsrichters Sergio Mattarella zum Staatspräsidenten erzielt, ebenso mit der Europawahl 2014, bei der seine Partei 40,8 Prozent der Stimmen davontrug. Ein Prestigeerfolg nach innen wie nach außen war die Ernennung seiner Außenministerin Federica Mogherini zur Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Bei der Wählerschaft verfügt Renzi über einen Persönlichkeitsbonus. So äußerten laut einer Umfrage im November 2015 32,9 Prozent der Befragten die Absicht, den PD zu wählen, während 38 Prozent den Regierungschef positiv bewerteten (gegenüber 50 Prozent im Dezember 2014).<sup>59</sup>

Auf europäischer Ebene sucht die Regierung Renzi Spielräume für die eigene Finanzpolitik zu schaffen und Ressourcen für Investitionen zugunsten einer aktiven Wachstumspolitik zu mobilisieren. Dabei werden die italienischen Interessen und Forderungen mit Beschwörungen von Würde und Stolz Italiens und Attacken auf die ‚Bürokraten‘ der Europäischen Kommission vorgetragen. Als Flankenschutz und Belohnung für die inneren Reformen fordert Rom mehr Flexibilität bei der Interpretation der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie des europäischen Fiskalpakts. Hinzu kommt ein vitales Interesse am Juncker-Plan für Investitionen. Besondere Bedeutung hat die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, welche mit ihren Anleihekäufen, die zum größeren Teil von der Banca d’Italia getätigt werden, die Refinanzierung der italienischen Staatsschuld (2015: 133 Prozent des BIP) erheblich erleichtert.<sup>60</sup> Die italienischen Forderungen an Europa gehen jedoch weit darüber hinaus. Angestrebt wird eine vollständige Vergemeinschaftung der Risiken im Rahmen der Währungsunion, die Emission von europäischen ‚föderalen‘ Schuldtiteln in Gestalt von Eurobonds, die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und die Vollendung der Bankenunion, einschließlich einer europäischen Einlagensicherung. Ein Haushalt für die Eurozone soll Investitionen und Strukturreformen finanzieren.<sup>61</sup>

Für die deutsch-italienischen Beziehungen hat die Regierung Renzi mit ihrem Kurs der Strukturreformen eine neue Grundlage geschaffen.<sup>62</sup> Nach der Charmeoffensive gegenüber Merkel beim deutsch-italienischen Gipfeltreffen in Florenz (Januar 2015) und der Expo in Mailand (August 2015) hat Renzi Ende des Jahres gezeigt, dass er rhetorisch gegenüber Deutschland auf Konfliktkurs zu gehen bereit ist, wenn er italienische Interessen auf europäischer Ebene durchsetzen will. So wurde er vor dem Europäischen Rat (17./18. Dezember 2015) in der italienischen Presse mit den Worten zitiert, er sei eines Europas müde, in

---

58 Siehe Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI): Italiens Reformen. Eine Aufholjagd beginnt, Länderbericht Italien, Berlin 2015, S. 10-12.

59 Vgl. Francesco Verderami: Toni più alti sulle battaglie-chiave. La scelta obbligata e pericolosa, in: Corriere della Sera, 12.12.2015, S. 1, 9; Alexander Grasse/Jan Labitzke: Italien, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2015, Baden-Baden 2015, S. 439-448, hier S. 446.

60 Siehe Banca d’Italia: Considerazioni finali. Assemblea Ordinaria dei Partecipanti anno 2014, Rom, 26. Mai 2015, abrufbar unter: [http://www.bancaditalia.it/publicazioni/relazione-annuale/2014/rel\\_2014.pdf](http://www.bancaditalia.it/publicazioni/relazione-annuale/2014/rel_2014.pdf) (letzter Zugriff: 26.4.2016), S. 7; vgl. Grasse/Labitzke: Italien, 2015, S. 441-442; Alberto D’Argenio/Roberto Petrini: Dalla Tasi al contante. Bankitalia e Corte Conti „smontano“ la manovra. La Ue lima i numeri, in: La Repubblica, 4.11.2015, S. 6.

61 Vgl. Grasse/Labitzke: Italien, 2015, S. 446; Banca d’Italia: Considerazioni finali, 2015, S. 7; Lucrezia Reichlin: Per finanziare la nostra sicurezza un Eurobond, in: Corriere della Sera, 28.11.2015, S. 1, 22; Frankfurter Allgemeine Zeitung: Italien fordert europäisches Arbeitslosengeld, 7.10.2015, S. 17.

62 Vgl. Grasse/Labitzke: Italien, 2015, S. 443.

dem Berlin befiehlt.<sup>63</sup> Die Juncker-Kommission, so hieß es in Rom, sei gegenüber der deutschen Hegemonie zu fügsam. Der Widerstand Schäubles gegen die Vollendung der Bankenunion (sprich: die europäische Einlagensicherung) sei nur ein weiteres Zeugnis für den Egoismus Berlins, das den schwächeren Partnern die Solidarität verweigere.<sup>64</sup>

Wenn ein Brüsseler Gipfel, bei dem es um ein breites Spektrum von strittigen Fragen wie die Verteilung von Flüchtlingen, die Einlagensicherung oder die künftige Rolle Großbritanniens in der Europäischen Union geht, als Konfrontation mit der Kanzlerin inszeniert wird, stärkt das nicht die Vertrauenswürdigkeit Renzis. Gleichwohl ist festzuhalten, dass der Erfolg von Renzis Neubeginn sowohl im Interesse Italiens als auch im europäischen Interesse liegt. Daraus erwächst das Potential für eine intensivere bilaterale Kooperation auf Augenhöhe, die Spannungsfelder zu überbrücken weiß.

---

63 Vgl. Corriere della Sera: Renzi lancia una sfida alla guida tedesca: „In Europa nessuno sta sopra gli altri“, 18.12.2015, S. 1.

64 Vgl. Andrea Bonanni: Flessibilità, migranti e Is: Renzi pronto al braccio di ferro con la Merkel, in: La Repubblica, 16.12.2015, S. 8-9.